



## **Die Ukraine zwischen Russland und der Europäischen Union**

**Prof. Dr. Eberhard Schneider**

**August 2014**

### **Zusammenfassung**

---

Mit dem Versuch, die Putin-Doktrin der begrenzten Souveränität für die Ukraine durchzusetzen, ist ein Paradigmenwechsel beim russischen Präsidenten bezüglich der Europäischen Union verbunden, die jetzt als Gegner betrachtet wird. Als Reaktion auf den Sieg der Majdan-Revolution und der daraufhin erfolgten Flucht von Putins Statthalter in Kiew, des Präsidenten Viktor Janukowitsch, annektierte Putin handstreichartig und gewaltlos die Krim. Die Erwartung, dass sich dieses Szenario in der Ost-Ukraine wiederholt, zerstob, letztlich weil nur 15 % der Bevölkerung dieser Gebiete zu Russland will. Das nationalistische und halbkriminelle Konglomerat der Separatisten, die mit militärischem Großgerät und mit Kämpfern von Russland ständig unterstützt werden, ging auf die Angebote des mit großer Mehrheit gewählten neuen ukrainischen Präsidenten Petro Poroschenko nicht ein. Der Armee und der schlecht ausgerüsteten und ausgebildeten Nationalgarde gelingt es allmählich, die Separatisten zu besiegen.

### **Das ISPSW**

---

Das Institut für Strategie- Politik- Sicherheits- und Wirtschaftsberatung (ISPSW) ist ein privates, überparteiliches Forschungs- und Beratungsinstitut.

In einem immer komplexer werdenden internationalen Umfeld globalisierter Wirtschaftsprozesse, weltumspannender politischer, ökologischer und soziokultureller Veränderungen, die zugleich große Chancen, aber auch Risiken beinhalten, sind unternehmerische wie politische Entscheidungsträger heute mehr denn je auf den Rat hochqualifizierter Experten angewiesen.

Das ISPSW bietet verschiedene Dienstleistungen – einschließlich strategischer Analysen, Sicherheitsberatung, Executive Coaching und interkulturelles Führungstraining – an.

Die Publikationen des ISPSW umfassen ein breites Spektrum politischer, wirtschaftlicher, sicherheits- und verteidigungspolitischer Analysen sowie Themen im Bereich internationaler Beziehungen.



## ANALYSE

Der Kern des Ukraine-Konflikts ist der Versuch des russischen Präsidenten Wladimir Putin, die Breschnew-Doktrin als Putin-Doktrin wiederzubeleben. Unter dem damaligen sowjetischen KPdSU-Generalsekretär war 1968 zur Rechtfertigung der militärischen Niederschlagung des Prager Frühlings, eines Sozialismus mit menschlichem Antlitz, in Moskau die Doktrin von der begrenzten Souveränität der sozialistischen Länder in Osteuropa entwickelt worden, die es ihnen nicht erlaubte, über ihre Außen- und Sicherheitspolitik sowie über ihr politisches System selbst zu bestimmen. Während sich die Breschnew-Doktrin auf die osteuropäischen Länder bezog, soll die Putin-Doktrin für die ehemaligen Republiken der Sowjetunion gelten, die jetzt selbstständige Staaten sind, somit für die Ukraine. Auslöser des Konflikts Moskaus mit Kiew war die Flucht des ukrainischen Präsidenten Viktor Janukowitsch in der Nacht vom 21. auf den 22. Februar.

### Putins Gegnerschaft zur Europäischen Union

Der Zerfall der Sowjetunion ist für Putin offensichtlich ein Trauma, das er bis heute nicht wirklich überwunden hat. In seinem Bericht zur Lage der Nation an die Föderalversammlung hatte er am 25. April 2005 erklärt, dass der Zerfall der Sowjetunion die „größte geopolitische Katastrophe des Jahrhunderts“ sei. Als Ersatzmodell für die sich selbst aufgelöste UdSSR will er die Eurasische Union schaffen, die er mit seinen beiden Amtskollegen aus Belarus und Kasachstan am 22. Mai in der kasachischen Hauptstadt Astana gründete. Ein sehr wichtiges Mitgliedsland sollte die Ukraine sein.

Das, was Putin auf jeden Fall verhindern wollte, war die Assoziierung der Ukraine – verbunden mit einer Freihandelszone – mit der Europäischen Union. Diese Assoziierung sollte im Rahmen der Politik der Östlichen Partnerschaft erfolgen, die von der Europäischen Union 2009 entwickelt worden war, um den osteuropäischen Ländern wie der Ukraine, Moldowa, Georgien, Armenien, Aserbaidschan und Belarus eine gewisse europäische Perspektive zu bieten, wenn diese schon nicht – mit Rücksicht auf Russland – mittelfristig in die Europäische Union aufgenommen werden konnten. Putin kritisierte die Politik der Östlichen Partnerschaft, weil Russland nicht dabei ist. Aber Russland hatte es schon bei der Formulierung der vorangegangenen Nachbarschaftspolitik der EU abgelehnt, sich an dieser zu beteiligen, weil es nicht als ein Land neben anderen behandelt werden wollte.

Bis zur Verhängung der ersten Stufe der Sanktionen gegen Russland durch die Europäische Union wegen der Annexion der Krim durch Russland am 18. März, verhandelte die EU mit Russland über ein neues Partnerschafts- und Kooperationsabkommen und über eine Freihandelszone. Auf dem letzten EU-Russland-Gipfel in Brüssel am 28. Januar hatten beide Seiten noch vereinbart, eine bilaterale Kommission zu bilden, in welcher die Differenzen bezüglich der osteuropäischen Länder besprochen werden sollten.

### Die ukrainische EU-Politik

Unter Präsident Viktor Janukowitsch hatte die Werchowna Rada, das ukrainische Parlament, ein Gesetz verabschiedet, das die Orientierung der Ukraine nach Europa festlegt.<sup>1</sup> Über das 1000-seitige Assoziierungsabkom-

<sup>1</sup> <http://uazakon.ru/zakon/zakon-o-printsipah-vnutrenney-i-vneshney-politike.html>. Vgl. auch: MacFarlane, Neil/Menon, Anand, The EU and Ukraine, in: Survival, vol. 56 no. 3 (June-July), S. 96-101.



men war von 2006 bis 2012 verhandelt worden. Seit Mitte 2012 war es bekannt und paraphiert. Im Februar 2013 wurde es von EU-Kommissar Štefan Füle dem russischen Premier Dmitrij Medwedew in Moskau ausführlich vorgestellt. Anderthalb Wochen vor der vereinbarten Unterzeichnung am 21. November 2013 auf dem EU-Gipfel in Wilnius lehnte Janukowitsch diese plötzlich ab. Nach einer von Mitte März durchgeführten Umfrage waren 52,3 % für den Beitritt der Ukraine zur EU, 27,6 % zur Zollunion.<sup>2</sup>

Putin wollte, dass die EU vorher sozusagen bei ihm um Erlaubnis nachfragt, ob sie mit der Ukraine ein Assoziierungs- und Freihandelsabkommen schließen darf, was sie natürlich nicht tat. Janukowitsch dachte offensichtlich bis zum Schluss, dass er beides könne – das Abkommen mit der EU unterzeichnen und Moskau zufriedenstellen. Die EU hat den Fehler gemacht, dass sie zur Unterzeichnung des Abkommens im November 2012 nicht bereit war, als Janukowitsch es unterzeichnen wollte, weil sie vorher die Freilassung der von ihm aus politischen Gründen inhaftierten Julja Tymoschenko wollte, obwohl diese damals aus dem Gefängnis mehrmals darum gebeten hatte, angesichts dieser für die Ukraine historischen Situation auf sie keine Rücksicht zu nehmen.

Am 21. März unterzeichnete der ukrainische Regierungschef Arsenij Jazenjuk in Brüssel den politischen Teil des Assoziierungsabkommen mit der Europäischen Union und am 27. Juni der ukrainische Präsident Petro Poroschenko das Freihandelsabkommen mit der EU. Laut Analyse von Ökonomen hindert das Freihandelsabkommen mit der EU die Ukraine nicht, mit der Zollunion, die in die Eurasische Union aufgeht, ebenfalls ein Freihandelsabkommen abzuschließen.<sup>3</sup> Nur Mitglied der Zollunion kann die Ukraine nicht mehr werden. Am 29. September 2013 hatte der russische Präsident Dmitrij Medwedew noch erklärt, dass der Abschluss eines Freihandelsabkommens der Ukraine mit der Europäischen Union keine Katastrophe sei.<sup>4</sup> Das Freihandelsabkommen wird nicht sofort angewandt, sondern erst nach technischen Gesprächen zwischen Russland, der Ukraine und der EU-Kommission, um die Bedenken Russlands aufzunehmen und zu berücksichtigen.

### Der Majdan

Zum ersten Majdan kam es spontan am 21./22. November 2013, an dem 10.000 Menschen teilnahmen, vor allem Studenten. Sie fühlten sich um ihre europäische Perspektive betrogen, z.B. visafrei zu reisen, an westeuropäischen Universitäten zu studieren, und um die Chance, das überkorrupte und undemokratische Janukowitsch-Regime mittelfristig loszuwerden. Als am 30. November 2013 die Majdan-Demonstranten von der Spezialeinheit Berkut brutal zusammengeschlagen wurden, kam es aus Protest dagegen zum zweiten Majdan, an dem dann auf den Straßen Kiews bis zu 2 Mio. Menschen teilnahmen.

Laut einer soziologischen Untersuchung waren die Majdan-Protestierenden zu 88 % Männer, 33 % waren zwischen 15 und 30 Jahren alt, 56 % zwischen 30 und 54 Jahren und 10 % älter. 43 % hatten ein Hochschulstudium absolviert, 27 % waren von Beruf Facharbeiter und 17 % Geschäftsleute. 61 % protestierten gegen die Repressionen der Regierung, 51 % wollten das Leben in der Ukraine verändert sehen (Mehrfachnennungen waren möglich), 47 % protestierten gegen die Nichtunterzeichnung des Assoziierungsabkommens und 46 % wollten zu einem Machtwechsel beitragen.<sup>5</sup>

<sup>2</sup> <http://www.laender-analysen.de/ukraine/pdf/UkraineAnalysen131.pdf>

<sup>3</sup> [http://www.beratergruppe-ukraine.de/download/Newsletter/2014/Newsletter\\_66\\_Deutsche%20Beratergruppe.pdf](http://www.beratergruppe-ukraine.de/download/Newsletter/2014/Newsletter_66_Deutsche%20Beratergruppe.pdf)

<sup>4</sup> <http://www.vz.ru/news/2013/9/25/652005.html>

<sup>5</sup> <http://www.laender-analysen.de/ukraine/pdf/UkraineAnalysen128.pdf>



Entsprechend der Vereinbarung, welche die Vertreter des Majdan und Janukowitsch am 21. Februar in Anwesenheit der Außenminister Deutschlands und Polens und des Vertreters des französischen Außenministeriums in Kiew unterzeichnet hatten, wurde die ukrainische Verfassung von 2004 – Frucht des damaligen Majdan – wieder in Kraft gesetzt. Kern dieser Verfassung ist, dass nicht mehr der Präsident die Regierung bildet, sondern das Parlament. Die Vereinbarung, die Janukowitsch nicht unterschreiben wollte, zu deren Unterzeichnung aber Putin ihn telefonisch gedrängt hatte, sah u. a. vor, dass Janukowitsch bis Ende 2014 im Amt bleiben konnte. Stattdessen floh er.

### Die Annexion der Krim

Der Paradigmenwechsel Putins bezüglich der Ukraine und der Europäischen Union, mit der Russland die Hälfte seines gesamten Außenhandels abwickelt und aus der 75 % aller Auslandsinvestitionen in Russland kommen, erfolgte wohl aus dem zweifachen Schock heraus, den das Ende des Janukowitsch-Regimes bei ihm ausgelöst hat: Der von der Bevölkerung getragene Majdan kann einen Präsidenten stürzen – auch in Moskau? –, und er verlor seinen „Generalgouverneur“ in der Ukraine. Ganz allein – ohne seine Berater (nach Stanislaw Belkowskij) – entwickelte Putin dann innerhalb einer Woche das Krim-Szenario.<sup>6</sup>

Die Annexion der Krim durch Russland verletzt das Budapester Memorandum von 1994 zwischen Russland, den USA und Großbritannien, welches der Ukraine ihre Souveränität und territoriale Integrität – im Gegenzug zur Abgabe ihrer Atomwaffen – garantierte. Die Ukraine war damals nach den USA und Russland die drittgrößte Atommacht. Missachtet wurden durch die Krim-Annexion ferner der Russisch-Ukrainische Freundschaftsvertrag von 1997, das beiderseitige Abkommen über die Stationierung der Russischen Schwarzmeerflotte auf der Krim von 1997 und die ukrainische Verfassung. Die Ergebnisse des unter russischem militärischem Druck abgehaltenen Referendums auf der Krim am 16. März über die Angliederung der Halbinsel an Russland waren gefälscht. Die meisten Wähler wollten eigentlich nicht russisch werden, sondern die korrupten Donezker Günstlinge loswerden. Die vom Kreml ins Feld geführte Begründung für die Annexion, die russischsprachige Bevölkerung würde diskriminiert, traf selbst nach Aussage des Menschenrechtsrats beim russischen Präsidenten nicht zu.<sup>7</sup>

### Putins Ziele in der Ukraine

Wenn Putin nach der Flucht von Janukowitsch nicht mehr die Ukraine kontrollieren kann, dann will er wenigstens Teile ihres Territoriums vereinnahmen bzw. dort einen Vasallenstaat errichten (Ostukraine als „Neurussland“). Wenn das auch nicht möglich ist, will er durch subversive Aktivitäten die Ukraine in der Schwebe halten zwischen Krieg und Frieden, um die Schaffung einer modernen demokratischen rechtsstaatlichen europäischen Ukraine zu verhindern oder wenigstens so lange wie möglich zu erschweren.

Die Separatisten, die von Russland unterstützt werden, stellen ein Konglomerat aus ehemaligen russischen FSB-Offizieren, von Janukowitsch und wohl auch von dem Donezker Oligarchen Rinat Achmetow bezahlten Protestierern, von Kriminellen, entlassenen Angehörigen der Berkut-Spezialeinheiten, von russischen Söldnern, Möchte-gern-Politikern und Personen der „Generation Sowjetunion“ dar, die noch zu Sowjetzeiten sozialisiert

<sup>6</sup> <http://daserste.de/information/reportage-dokumentation/dokus/sendung/wdr/interview-stanislaw-belkowskij-100.pdf>

<sup>7</sup> <http://www.president-sovet.ru/news/5654/>



worden ist. In acht südöstlichen Regionen wollten nach einer Umfrage vom April nur 15 % den Anschluss ihres Gebietes an Russland.<sup>8</sup> Der Protest der Bevölkerung richtete sich gegen Kiew. Da die Übergangsregierung erst am 21. Februar gewählt worden war, waren die Menschen eigentlich gegen das Regime von Janukowitsch, der aus Donezk kam, wo er viele Jahre Gouverneur war. Als Präsident vergaß er seine geographische und politische Herkunft.

Eine durchschlagende Wirkung in der Ostukraine entfaltete die russische Medienkampagne. Die russischen Fernsehstationen brachten Halbmeldungen und bewusste Falschmeldungen und hetzten die Bevölkerung gegen Kiew auf. Infolge der Verhinderung des Empfangs von ukrainischen Fernsehsendungen in der Ostukraine unterlagen deren Bewohner einer wochenlangen Gehirnwäsche. Die Werchowna Rada hatte mit dem Entwurf eines Gesetzes, das festlegte, dass Ukrainisch die einzige Sprache in der Ukraine im öffentlichen Leben ist, der russischen Propaganda eine Steilvorlage geboten. Obwohl das Gesetz vom ukrainischen Übergangspräsidenten nicht unterzeichnet worden war und somit nicht in Kraft trat und die russischsprachige Bevölkerung in der Ostukraine nicht diskriminiert worden war, wurde mit gegenteiligen Behauptungen im russischen Fernsehen wochenlang anti-ukrainische Propaganda betrieben.

### Die Ukraine und die NATO

Die Ablehnung der NATO ist bei Putin und anderen nationalistischen Politikern und Militärs in Russland psychologisch bedingt, denn das westliche Militärbündnis löste sich nach dem Ende des Kalten Kriegs nicht auf wie sein Pendant, der Warschauer Pakt. Politisch-psychologisch wäre es klug gewesen, wenn sich 1992 die NATO einen neuen Namen gegeben hätte, z.B. Europäisch-Atlantisches Bündnis, so dass dann die vier Buchstaben NATO, die auf manche Politiker in Moskau wie ein rotes Tuch wirken, verschwunden wären.

Die Debatte über eine mögliche NATO-Mitgliedschaft der Ukraine ist völlig unnötig. Unter Janukowitsch hatte die Werchowna Rada am 1. Juli 2010 ein Gesetz verabschiedet, das festlegte, dass die Ukraine neutral ist und keinem Militärbündnis angehören wird.<sup>9</sup> Bereits zu jener Zeit hätte auch die NATO die Ukraine nicht aufnehmen können, weil auf ihrem Territorium NATO-fremde Truppen stationiert waren, nämlich die russische Schwarzmeerflotte in Sewastopol. Und gegenwärtig könnte die Ukraine aus formalen Gründen ebenfalls nicht der NATO beitreten, weil sie eine unregelte Grenzfrage hat, nämlich die Grenze zwischen der Ukraine und Russland wegen der Annexion der Krim.

Die Ukraine arbeitet mit der NATO weiterhin im Rahmen des NATO-Ukraine-Rats zusammen. Laut einer Umfrage von Mitte März möchten 33,8 % der Befragten, dass ihr Land der NATO beitrifft.<sup>10</sup> Am 1. April beschloss die Werchowna Rada, dass sich ausländische Militäreinheiten auf dem Territorium der Ukraine aufhalten können, um an Manövern der ukrainischen Streitkräfte mit Streitkräften der USA, Polens, Rumäniens und andern NATO-Länder 2014 teilnehmen zu können.

<sup>8</sup> [http://zn.ua/article/print/ukraine/mneniya-i-vzglyady-zhiteley-yugo-vostoka-ukrainy-aprel-2014-143598\\_.html](http://zn.ua/article/print/ukraine/mneniya-i-vzglyady-zhiteley-yugo-vostoka-ukrainy-aprel-2014-143598_.html)

<sup>9</sup> <http://uazakon.ru/zakon-o-printsipah-vnutrenney-i-vneshney-politike.html>

<sup>10</sup> <http://www.laender-analysen.de/ukraine/pdf/UkraineAnalysen131.pdf>



## Präsident Poroschenko

Am 25. Mai wurde Petro Poroschenko bereits im ersten Wahlgang mit 54,7 % zum Präsidenten gewählt, trotz des Versuchs der Separatisten in der Ostukraine, die Wahl dort zu verhindern. Poroschenko wurde 1965 im Gebiet Odessa geboren. Er studierte internationale Wirtschaftsbeziehungen in Kiew und promovierte mit einer wirtschaftsrechtlichen Dissertation. Nach einer kurzen Lehrtätigkeit an der Universität in Kiew begann er 1992 in der unabhängig gewordenen Ukraine seine unternehmerische Tätigkeit. Nach dem Wechsel in die Politik diente er beiden Präsidenten, 2004 Juschtschenko als Sekretär des Nationalen Sicherheits- und Verteidigungsrats und Janukowitsch von 2009 bis 2010 als Außenminister und 2012 als Wirtschaftsminister. Er ist Milliardär und muss sich nicht erst durch die Entwendung von staatlichen Geldern bereichern wie Janukowitsch. Er verdiente sein Geld vor allem durch Schokolade und finanzierte den Majdan 2004 und 2012/13. Zudem besitzt er den 5. Fernsehkanal, über den er schon 2004 permanent den Majdan übertrug, damit die Ereignisse im ganzen Land gesehen werden konnten.

In seiner Inaugurationsrede am 7. Juni in der Werchowna Rada kündigte Poroschenko an<sup>11</sup>:

- vorgezogene Parlamentswahlen;
- vorgezogene Kommunalwahlen im Donbass;
- die Umrüstung der Armee durch Aufträge an die ukrainische Rüstungsindustrie;
- ein neues Budapester Memorandum, das der Ukraine direkte und feste Garantien bieten soll für Frieden und Sicherheit bis hin zur militärischen Unterstützung im Fall der Gefahr für die territoriale Integrität des Landes;
- die Krim bleibt ukrainisch;
- Dezentralisierung der Ukraine durch Verfassungsänderung;
- Beibehaltung von Verfassungsartikel 10: „freie Entwicklung, Gebrauch und Schutz“ der russischen Sprache;
- Assoziierung als erster Schritt zur vollwertigen Mitgliedschaft der Ukraine in der Europäischen Union
- keine Föderalisierung.

Mit seiner Bereitschaft, die Parlamentswahl und die Kommunalwahlen im Donbass vorzuziehen und die Ukraine durch eine Verfassungsänderung zu dezentralisieren, kam er den separatistischen Bestrebungen in der Ostukraine entgegen. Nicht bereit ist er allerdings zu einer Föderalisierung des Landes, um zu vermeiden, dass die Ostukraine dann praktisch zu einem Protektorat Moskaus wird. Bei einer Befragung Mitte Mai sprachen sich 73,4 % der Ukrainer für Staatsform des Einheitsstaates aus.<sup>12</sup>

Zur militärischen Befriedung der Ostukraine verkündete Poroschenko am 21. Juni einen 15 Punkte umfassenden Friedensplan, der aber bei den Separatisten nicht auf Resonanz stieß. Er bietet eine Sicherheitsgarantie für alle Teilnehmer an Verhandlungen, eine Amnestie von strafrechtlicher Verfolgung derjenigen, welche die Waffen niederlegen und keine schweren Verbrechen begangen haben, und verlangt die Freilassung der Geiseln, die Entwaffnung der Separatisten und die Räumung der besetzten Gebäude.

<sup>11</sup> <http://ukranews.com/ru/news/ukraine/2014/06/07/124940>

<sup>12</sup> <http://www.laenderanalysen.de/ukraine/pdf/UkraineAnalysen133.pdf>



Parallel dazu erklärte Poroschenko am 20. Juni einen einseitigen zehntägigen Waffenstillstand, den er dann um drei Tage verlängerte. Die Separatisten folgten ihm nicht, sondern kämpften weiter und töteten in diesem Zeitraum 27 ukrainische Soldaten, verletzten über 60 und holten in die Ukraine weiteres schweres militärisches Gerät.

### **Militärisches Vorgehen gegen die Separatisten**

Als das alles nichts nutzte, befahl Poroschenko die militärische Rückeroberung der Gebiete Donezk und Luhansk. Sozusagen die informelle internationale Erlaubnis zu dieser robusten militärischen Operation bekam Kiew nach dem Abschuss des Passagierflugzeugs MH17 durch die Separatisten am 17. Juli in der Ostukraine mit 298 Toten. Die militärischen Operationen werden sowohl von der ukrainischen Armee als auch von den neu geschaffenen Nationalgarden ausgeführt. Dabei ist zu bedenken, dass der damalige Präsident Viktor Janukowitsch mehr Mittel in die Truppen des Innenministeriums gesteckt hatte, die er für wichtiger hielt als die Armee, weil er davon ausging, dass die Ukraine keinen Krieg mehr führen wird. Zudem ist ein Großteil der für die Armee vorgesehenen – ohnehin geringen Mittel – in korrupten privaten Kanälen verschwunden. Die Nationalgarde wurde am 12. März von Übergangspräsident Olexandr Turtschinow gebildet, um die Armee zu unterstützen. Die Nationalgarde besteht aus Freiwilligen, die oft keine militärische Ausbildung haben und keine gute militärische Ausrüstung.

Die Schwierigkeiten im militärischen Vorgehen gegen die Separatisten bestehen erstens darin, dass es den ukrainischen Kräften bisher nicht gelungen ist, das etwa 30 km lange Stück der ukrainisch-russischen Grenze zu schließen, über den der ständige Nachschub an schwerem militärischem Gerät (zwischen Ende Juli und Anfang August 17 Panzer, ferner Flugabwehrraketen, Granatwerfer usw.) und Kämpfern aus Russland in die Ukraine läuft. Zweitens würde die Eroberung der Millionenstadt Donezk und der näher an der Grenze zu Russland gelegenen Stadt Luhansk nach rein militärischen Gesichtspunkten zu großen Opfern unter der Zivilbevölkerung führen. Drittens ist nicht auszuschließen, dass Russland in der Ostukraine unter dem Deckmantel einer humanitären Mission interveniert. Ohnehin werden die ukrainischen Truppen ständig von russischem Territorium aus beschossen (vor allem aus den Stellungen bei Tschernowopartisansk). Russland hat an der Grenze zur Ukraine am 4. August 41.000 Soldaten stationiert. Die Separatisten verfügen über 15.000 Kämpfer, die Ukraine (Armee und Nationalgarde) über 26.000 Soldaten.<sup>13</sup> Poroschenko möchte die „anti-terroristische Operation“ bis zu den vorgezogenen Parlamentswahlen am 26. Oktober beendet haben.

### **Außen- und Sicherheitspolitik**

Beim Präsidenten liegt die Außen- und Sicherheitspolitik. Sein Außenminister ist Pawlo Klimkin, der 1967 in Kursk in Russland geboren wurde und der 1991 sein Physikstudium abschloss. Er trat dann in den Diplomatischen Dienst ein und handelte als Stellvertretender Außenminister das Assoziierungsabkommen mit der Europäischen Union von ukrainischer Seite aus, das er für Kiew dann paraphierte. Für kurze Zeit war er ab 2012 Botschafter in Berlin. Der neue Verteidigungsminister Valerij Heletaj kommt nicht aus dem Militär, sondern er war seit dem Sieg des Majdan Leiter des Staatsschutzes.

<sup>13</sup> <http://www.osw.waw.pl/en/publikacje/analyses/2014-08-06/ukrainian-russian-war-under-banner-anti-terrorist-operation>



Angesichts ihrer Konfrontation mit Russland besteht die Priorität der ukrainischen Außenpolitik in guten Beziehungen zu den USA. Hierbei geht es vor allem um die Zusammenarbeit im Sicherheitsbereich, speziell bezüglich der Ausbildung der ukrainischen Armee und der Rechtsschutzorgane sowie deren Versorgung mit Ausrüstung und Waffen. Bei seinem Besuch in Kiew sagte der amerikanische Vizepräsident Joe Biden im April amerikanische Hilfe in Höhe von 20 Mio. \$ für den Sicherheitsbereich zu. An zweiter Stelle steht auf der Prioritätenliste der ukrainischen Außenpolitik die Europäische Union. Dabei haben die politischen und wirtschaftlichen Beziehungen Vorrang.

\*\*\*

*Anmerkung: Der Beitrag gibt die persönliche Auffassung des Autors wieder*

### Über den Autor dieses Beitrags

---

Prof. Dr. Lic. Eberhard Schneider ist Advisory Board Member of the EU-Russia Centre in Brüssel, Professor für Politikwissenschaft an der Universität Siegen und Leiter der sozialwissenschaftlichen Forschung des Berliner West-Ost-Instituts.



*Prof. Dr. Lic. Eberhard Schneider*